

Erscheint in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Bestellungen nehmen an alle  
Postanstalten u. Buchhand-  
lungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen  
für die Vereinigten Staaten:  
F. A. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
Peter Hoff,  
S. W. Corner Third and  
Coates str. Philadelphia.

# Der Volksstaat

Abonnementspreis  
für ganz Deutschland  
1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements  
werden bei allen deutschen  
Postanstalten auf den 1. u.  
5. u. 10. Monat und auf den  
12. Monat besonders an-  
genommen; im Rar. Sachsen  
u. Pruzh. Sachl.-Altenburg  
auch auf den 1ten Monat des  
Quartals à 54 Pf.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 25 Pf. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 30.

Sonntag, 14. März.

1875.

## Politische Uebersicht.

— Zum „Rückgang“. Im „Leipziger Tageblatt“ (Nr. vom vorigen Montag) stimmt Einer „aus der Provinz“ über den sozialdemokratischen „Reichsverein in Sachsen“ ein langes Klage- und Anklagelied an, dem folgende ergötzliche Jammerspassagen entnommen seien:

„Alle Mittheilungen stimmen darin überein, daß auf diese (die bisherige) Weise etwas Gedeihliches aus dem Reichsverein nicht werden kann. Derselbe bedarf dringend einer erneuerten, kräftigen Anregung. Die Mitglieder müssen sich aussprechen, auf welchen Wegen das Ziel, das man sich im vorigen Jahr in Döbela gesteckt, weiter verfolgt werden soll. Die Veranlassung zu entschiedenerem Handeln, als dies seither geschehen, ist vollständig gegeben. Aus den Fabriksbezirken im Erzgebirge, der Chemnitzer Gegend u. c. ertönen Klagen darüber, daß die Sendboten der Sozialdemokratie, die neuerdings wieder fast alltäglich ihre Brandreden unter die ungebildeten Massen schleudern, keine Befämpfung finden. Es ist hoch an der Zeit, daß der Reichsverein sich schlußförmig darüber macht, Geldmittel zusammen zu bringen, um tüchtige Wanderprediger auszusenden und Flugschriften zu verbreiten. Was der Reichsverein in der Rheinprovinz, die Fortschrittspartei in Bayern unter ungleich schwierigeren Verhältnissen fertig bringen, das muß auch in Sachsen der reichstreuen liberalen Partei möglich sein. Anlaß zur Aussprache und zur Verständigung ist auch in nicht weniger dringendem Maße durch die im Laufe des nächsten Sommers stattfindenden Landtagswahlen geboten, für welche, entgegen der Rührigkeit der Conservativen, seitens der Liberalen noch nicht die geringste Organisation geschaffen worden ist.“

Nach alledem glauben wir eine Pflicht zu erfüllen, wenn wir den Vorstand des Reichsvereins für Sachsen auffordern, daß er so bald als möglich eine Landesversammlung einberufe. Die nächsten Osterfeiertage würden nach unserem Dafürhalten dazu eine geeignete Gelegenheit sein.“

Der reichstreue Jeremias schließt mit den Worten: „Die Thätigkeit der ultramontanen und sozialdemokratischen Partei kann als nachahmenswerthes Beispiel gelten.“

Die Leipziger Führer (die in der neulichen Massenversammlung) gegenüber den „rückgängigen“ Sozialdemokraten so tapfer — den Mund gehalten) konnten diese Vorwürfe nicht auf sich sitzen lassen, und der nationalliberale Hohepriester Biedermann antwortete in einem zweispaltenlangen Artikel, und zwar mit dem Segenswunsch, die Führer (Vorstand) des Reichsvereins seien vom Lande im Stiche gelassen worden. Er sagt u. A.:

„Man frage doch einmal bei den Sozialdemokraten, die hier dem Reichsvereine zum Muster hingestellt werden, an, ob da der Vorstand, oder gar ein oder zwei Einzelne, alles allein besorgen, für alles einstehen, ob da nicht von allen Seiten sich Agitatoren, Redner, Geschäftsführer zur Unterstützung der Centralleitung finden, ob nicht ganze Massen von Arbeitern ihr sauer erworbenes Scherflein beitragen, um die nöthigen Geldmittel zur Agitation zu beschaffen.“

Wäre wirklich die Mittelklasse, an die der Reichsverein sich wenden, auf die er sich stützen muß, hinter den Arbeitern an politischer Bildung oder Rührigkeit so weit zurück, daß bei ihr nicht zu erreichen stände, was bei den Arbeitern in so ausgedehnter Weise erreicht scheint, eine feste Organisation, ein kräftiges Zusammenwirken vom Centrum nach der Peripherie und von dieser zurück nach dem Centrum hin — dann möchte weder der jetzige noch irgend ein Vorstand eines Reichsvereins, und läme er sonst woher, etwas wirken können.“

Baden Sie nur Ihre Vorstandsakten zusammen, Herr Biedermann; die Mittelklasse ist „an politischer Bildung und Rührigkeit hinter den Arbeitern zurück“, und dies wird sich auch nicht ändern, so lange das deutsche Bürgerthum, — wie Sie, Herr Biedermann und Ihre Partei es lehren — in unterchinesischer Servilität vor lebendigen Ögen auf dem Bauche liegt und alles Darum von Oben erwartet. Und noch eins, Herr Biedermann: Warum treten Sie, der Führer, mit Ihrem hiesigen Generalstabe uns nicht entgegen, wenn wir Ihnen den Handschuh hinwerfen? Wird Ihr „Volk“, das Sie so tapfer ins Feuer treiben, Ihnen nicht zurufen: Hahnemann, geh du voran! Wir hoffen, die reichstreue Presse übersieht nicht dieses prächtige Beweismittel für den „Rückgang“ der Sozialdemokratie — Tödter.

— Ein vierteljahrhundert Preßprozesse auf einmal gegen ein Blatt — das kann nur Lessendorff zu Wege bringen. Und er brachte es zu Wege am 9. d. Monats gegen den Redakteur der „Germania“, Kofstolik. Ehrenmitglied Lessendorff war so bescheiden, nur 3 Jahre Gefängnis zu beantragen. Das deutsche Reich muß doch eine — starke Constitution haben, daß es an einem Tag fünfundsiebzigmal „gerettet“ werden muß.

— § 79 des neuen „liberalen“ Ehegesetzes. Lehrer Preisert in Weissensee, Königreich Preußen, ist seines Amtes entlassen worden, weil er seine Ehe nicht hat kirchlich eingetragener lassen wollen. Und das nennt sich „Civilehe“!

— Man schreibt:  
„Die von dem Reichstage dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesene Eingabe betreffs der Behandlung und Verhaftung politischer Gefangener ist vom Bundesrathe dem

Justizauschusse überwiesen worden, der aber mit dem Schlusse der Bundesraths-Session gleichfalls ein Ende gefunden hat. Damit ist die wichtige Eingabe bis zur nächsten Session des Bundesraths endgültig zurückgelegt; sie kann aber unmöglich so lange unerledigt bleiben, da das gerügte Gefängnis-Regime mit den Grundsätzen des Strafgesetzbuchs nicht übereinstimmt. Um nun wenigstens für Preußen Klarheit in die Verhältnisse zu bringen, beabsichtigt das Centrum, die Staatsregierung über das beklagte Gefängnis-Regime zu interpelliren und zunächst da Abhilfe zu schaffen, wo sie am nöthigsten ist. Die Regierung wird sich zwar auf den Bundesrath berufen, die Sache aber in ihrem Bereiche doch nicht von der Hand weisen können, zumal für die Gefangenen Gefahr im Verzuge ist.“

Gefahr im Verzuge? Für politische Verbrecher? Für Menschen, die „schlimmer sind als Diebe, als Eigenthumsverbrecher“? Die Gefahr wird den „leitenden Personen“ keine Kopfschmerzen und kein Kopferbrechen verursachen.

— „Der Dienstleid“. Man schreibt uns:  
„Der Justizetat im preussischen Abgeordnetenhaus ist berathen und viele goldene Worte sind von Herrmann, Windthorst, Ebert u. A. dabei gesprochen worden. Sehr zu bedauern ist, daß von Keinem der Herren der „Dienstleid vor Gericht“ zur Sprache gebracht wurde. Welche Unzulänglichkeiten diese famose Einrichtung mit sich führt, kann man aus den unzähligen Prozessen ersehen, in welchen derselbe eine unheilvolle Rolle spielt. Es wäre doch endlich einmal Zeit, diesem juristischen Krebschaden beizukommen, und geschieht dies vielleicht mit Erfolg in der nächsten Session des Reichstags bei Gelegenheit der Justizreform.“  
Wir werden's uns merken!

— Zur Frauen- und Kinderarbeit wird der „Berliner Volkszeitung“ aus Liegnitz geschrieben:

„Ueber die Ergebnisse der Reichsuntersuchung betreffs der Fabrikarbeit der Frauen und Kinderjährigen ist noch nichts in die Öffentlichkeit gedrungen; indessen sind wir in der Lage, Einiges aus den Erhebungen der Liegnitzer Regierung mittheilen zu können. Vorausgeschickt wollen wir, daß es diese Behörde im Gegensatz zu fast allen anderen für angemessen hält, zu einer ihrer Kommissionen auch einen Vertreter der Gewerkschaften zu berufen. In Bezug auf die Sonntags- und Nachtarbeit (Frage 1) hat sich ergeben, daß ein Theil der regelmäßigen Arbeitszeit insofern auf die Nacht zu fallen pflegt, als in nicht wenigen Fabriken die Arbeit schon um 5 Uhr Morgens beginnt. Ferner wird in manchen Fabriken (in Papierfabriken, an den Satinirwerken, in Leinwandmangeln u. c.) bis 10 Uhr Abends und später gearbeitet, wenn das Geschäft flott geht. — Sonntagsarbeit (Frage 2) in Fabriken ist allgemein keine häufige Erscheinung, doch ist die Verwendung von Frauen vor der Kirche nicht selten. — Arbeits-Erleichterungen finden sich nur vereinzelt. — Eine durchgehende Erscheinung ist, daß die Fabrikarbeiterinnen weniger sorgsame Hausfrauen sind. — Empfohlen wird 1) für alle weiblichen Arbeiter das Verbot der Nachtarbeit und der Sonntagsarbeit; 2) für Verheirathete die Einschränkung auf eine 10stündige Tagesarbeit. Die Arbeitszeit beträgt in der Mehrzahl der Fabriken täglich 11—12 Stunden; in nicht vielen unter 11, doch kommt auch die Beschränkung auf 10 Stunden nicht gerade selten vor. Bei gutem Geschäftsgange wird hier und da auch 13, 14, 15—16 Stunden täglich gearbeitet. Beispielsweise hat eine Flachspinnerei ganz regelmäßig 13stündige Arbeitsdauer. — Betreffs der jugendlichen Arbeiter verfehrt ein Spielwaaren-Fabrikant ganz unbesorgen, die 14jährigen Kinder würden regelmäßig täglich nur 11 Stunden, bei lebhaftem Geschäftsgange indes 13 Stunden beschäftigt. Empfohlen wird das Verbot, Kinder unter 14 Jahren überhaupt vor beendeten Schulstunden zu beschäftigen.“

Kurz, es ist dort wie überall: Ausbeutung, Auszehrung, Auspressung. Auf das Unzulängliche der gemachten Vorschläge brauchen wir nicht aussertham zu machen. Herrn Camphausen aber möchten wir fragen, wie er sein Rezept von verlängerter Arbeitszeit auf die Fabriken anwenden will, in denen schon jetzt „13, 14, 15 bis 16 Stunden täglich gearbeitet wird“?

— Die Aussperrung der Königsberger Maschinenbauarbeiter ist nach Zeitungsberichten Seitens der Fabrikanten aufgehoben worden, und haben die Arbeiter zu den alten Bedingungen die Arbeit aufgenommen. Die Fabrikanten hätten also nachgegeben. Was die Ursache zu der so unerwartet schnellen Beilegung des Streites ist, darüber lesen wir in den Zeitungen nichts.

— Mit „arbeiterfreundlichem“ Sped fängt man ungläubige Arbeiter, dachten die Grubenbesitzer von Süd-wales, öffneten ihre Bücher, die sie den Arbeitern so hartnäckig verschlossen (nebst verschiedenen Flaschen Champagner), einem „arbeiterfreundlichen“ Lord, und ließen ihn eine Epistel schreiben des Inhalts: die Grubenbesitzer seien durch die Geschäftslage nicht nur zu der Lohnreduktion, welche den Strike und den Lockout veranlaßt, gezwungen, sondern sogar zu weiteren Lohnreduktionen berechtigt; sie wollten aber aus Großmuth auf letztere verzichten und lieber mit Verlust produziren. — Nun, die Arbeiter sind auch großmüthig, und werden sein säuberlich den Gruben fernbleiben, bloß um die großmüthigen Herren Grubenbesitzer nicht zu ruiniren.

— „Die Dummen werden nicht alle“. Noch ein Mal der „Saxonia“-Schwindel. Der von uns wiederholt an den Pronger gestellte Seelenverkäufer und „Gründer“ der „Colonie Saxonia“, Allardt macht in verschiedenen Blättern (u. A. den „Chemnitzer Nachrichten“) bekannt, demnächst werde wieder eine Expedition nach Michigan abgehen. Wenn der Bursche nicht lügt, um Gimpel auf den Leim zu locken, dann ist die Dummheit der betr. Expeditionsmitglieder geradezu polizeiwürdig, denn Jedem, der in die Zeitungen blüht, ist es bekannt, welch klägliches Ende die erste Expedition der durch betrügerische Vorspiegelungen zusammengebrachten „Colonie Saxonia“ genommen hat. Freilich, der Menschenhändler Allardt hatte seine Spesen in der Tasche — das Loos der Colonisten kümmerte ihn nicht. Wer also Lust hat, Herrn Allardt zu einem guten „Geschäft“ zu verhelfen, der mache die „Expedition“ mit, der renne in sein Verderben! Die Parteipresse kann ihre Hände in Unschuld waschen.

## Gewerkschaftliches.

Gewerkschaft der Schuhmacher.

Darmstadt. Auf die Frankfurter Berichtigung in Nr. 14 des „Volksstaat“ habe ich zu erwidern, daß ich von Frankfurter Kollegen falsch berichtet wurde, und freut es mich umso mehr, daß der Arbeitsnachweis in den Händen von Kollegen ist.

A. Meisel.

Verband der Klempner (Spengler) und verwandten Berufs-genossen.

Hamburg. Warnung! Sämmtliche Klempnergehilfen werden vor Bezug nach Bremen gewarnt, indem daselbst die 11-stündige Arbeitszeit und eine neue Werkstättenordnung eingeführt werden soll. Näherer Bericht folgt hierüber.

Für die Verwaltung: W. Metzger, Geschäftsf.

NB. Alle Arbeiterblätter werden dringend um Aufnahme gebeten.

D. D.

## Correspondenzen.

Leipzig. Der Rath macht hinsichtlich des in unserer vorletzten Nummer gerügten Staudals (Begräbnis einer Proletarierfamilie) bekannt, „daß nur in Folge eines Mißverständnisses die Todten ohne Umkleidung beerdigt worden sind.“ Als 1848 die Fürsten auf ihre „Untertanen“ schießen ließen und ein Paar darin fanden, war das Schießen auch bloß „Mißverständnis“. Ebenso behauptete ein Londoner Spießbube, den man in flagranti erwischt hatte, seine Hand sei bloß aus „Mißverständnis“ in seines Nachbars Tasche gerathen.

Leipzig. „Gehaltserhöhung“. Man schreibt uns: Durch Beschluß des Landtags ward auch den Lokomotivführern der Königl. sächs. Staatsbahn eine Gehaltserhöhung zugewiesen. Wie die Königl. sächs. Generaldirektion dieselbe aufgesagt, beweist folgende Magnahme: die Lokomotivführer erhielten bis dahin außer ihrem Gehalt u. A. an Bekleidungs-geld vierteljährlich 6 Thlr. — 24 Thlr. Nach Inkrafttreten obigen Beschlusses wurde den Lokomotivführern nun von dem erhöhten Gehalte das Bekleidungs-geld nicht nur in Abzug gebracht, sondern auch noch die letzte vierteljährliche Rate von 6 Thlr. gekürzt.

Wie wenig rücksichtsvoll übrigens mit diesen Beamten verfahren wird, beweist ferner der Umstand, daß dieselben bis zur Stunde ihre Prämien-gelder auf die Monate October bis December 1874 noch nicht erhalten haben. Die Leute wollen wegen der Gehaltsver-längerung mit einer Petition an den Landtag vorgehen, deren Vertretung u. A. Schreck-Pirna übernommen hat. Wenn's nur etwas nützt!

Grimmischau, 2. März. Wie die Leser des „Volksstaat“ aus einer früheren Mittheilung ersehen haben, sind, bevor die neue Städteordnung in Sachsen eingeführt wurde (15. October 1874) hier ca. 300 Arbeiter Bürger geworden, um bei einer kommenden Stadtverordnetenwahl der Oppositionspartei den Sieg zuzuführen. Nun werden aber auch die Leser wissen, daß in allen Städten Sachsens die Stadtverordneten-Ergänzungs- resp. Neuwahl, bereits Anfang Januar zu Ende geführt war; nur Grimmischau wartet auf die Ausschreibung der Stadtverordnetenwahl heute noch vergebens, vergebens insofern, als dieselbe, wie uns von verschiedenen Seiten mitgetheilt wird, erst dann stattfinden soll, wenn das neue Lokalstatut von dem Ministerium genehmigt ist, was vielleicht Ende dieses Jahres geschehen kann. Trotzdem nun nach dem alten Lokalstatut die Ausschreibung eines Drittels der Stadtverordneten mit dem 1. Januar 1875 erfolgen sollte, tagt ganz gemüthlich das alte Stadtverordnetencollegium fort und das auszuschreibende Drittel nimmt fortgesetzt Antheil an der Berathung und Abstimmung über die Gegenstände, welche das Wohl und Wehe der Stadt in sich schließen. Selbstverständlich herrscht deshalb unter einem großen Theil hiesiger Einwohner Aufregung und Mißstimmung. Es kann Niemand dies Befahren recht begreifen und man man- felt da Verschiedenes. Vor Allem aber ist das Eine sicher, daß die Gegner mit einer gewissen Bangigkeit der Stadtverordnetenwahl entgegensehen und warum? Das wird ein Jeder leicht begreifen. Uebrigens scheint es jetzt, als wenn die Bürgerschaft mehr Interesse an den Verhandlungen der Stadtverordneten nähme, denn dieselben sind immer zahlreich besucht und die Stadtverord-netenberichte der Lokalblätter werden mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Es ist dies aber auch kein Wunder, denn was die Stadtverordneten Grimmischau zu Wege gebracht haben, das wird von keinen anderen so leicht nachgeahmt werden. Hier einige

\*) Am 3. d. Bericht folgt in nächster Nummer.



Beispiele: 1) Im Jahre 1872 wurde eine Todtenhalle gebaut, von deren Unzulänglichkeiten Alle, die sie gesehen, erzählten können; für den Fall einer Epidemie ist dieselbe viel zu klein und wird wahrscheinlich dann die Stadt wieder in die Lage versetzt, die Todten in eine Bretterbude zu legen, wie im Jahre 1871. 2) wurde ein Spritzenhaus angeführt, dessen Lage eher zu einem Kartesteller sich eignet, und welches so ungeschickt angelegt ist, daß bei einem des Nachts ausbrechenden Feuer Stodang und Verwirrung stattfinden kann, da der Platz vor dem Gebäude viel zu eng ist. Das Gebäude ist in einen Berg eingewängt und der Verkehr nach der Hauptstraße zu nur durch enge Gassen möglich. 3) Die Aufführung einer zweiten Turnhalle hinter dem neuen großen Schulhause, welches dadurch mit Feuchtigkeit reichlich versorgt wird. Die alte große vom Männerturnverein erbaute Turnhalle war wahrscheinlich für die Herren Realschüler nicht groß genug und die Stadt hat ja Geld genug. Beim Bau der neuen Turnhalle mußte aber auch eine Backstraße angeführt werden, da deren noch nicht genug in Erinnerung sind. 4) Die Schaffung des Paragraphen 9 im neuen Lokalstatut, welcher aus den triftigsten Gründen von den Reichstreuen aufgenommen worden ist. Hierüber kurz Folgendes: Der Paragraph 9 lautet: Von den 24 zu wählenden Stadtorordneten müssen 6 eine Gewerbesteuere von mindestens 8 Thlr. zahlen, 6 mindestens 150 Steuerereinheiten haben (die beiden Kategorien bilden hier nur große Gewerbetreibende, Grund- und Fabrikbesitzer), die übrigen 12 müssen mindestens 1 Thlr. Gewerbesteuer zahlen. Die beiden ersten Sätze sind deshalb geschaffen, um, wenn die Opposition steigen sollte, 12 Mann wenigstens von Seite der Reichstreuen mit in dem Collegium zu haben. Der letzte Absatz dagegen bezieht die oppositionelle Wählerzahl zu beschränken und so das Collegium von gefährlichen Elementen rein zu halten. Raum rühren sich die Arbeiter ein wenig, so ist bei unseren Herrn Liberalen Furcht und Schrecken vorhanden, als ob jetzt schon die Commune proklamiert werden sollte. Unsere Reichstreuen haben es jedoch nicht besser gewollt, es ist von diesen Leuten so gewirthschaftet worden, daß, wenn wir Alles der Reihe nach und in Thalern aufführen wollten, eine ganze Nummer des „Volksstaat“ nicht hinreichend sein würde. Und schon sind die Herren wieder im Begriff, sich einen neuen Gedenksteine bei den Bürgern zu setzen. — Bräudenbau! — Dies Wort reicht hin, um neue kostspielige Pläne anzudeuten. Es sind aber noch verschiedene Gemüther im Anzuge und wir werden später darüber berichten, wenn die Früchte reif sind. Nur zu, ihr Herren, ihr öffnet den Bürgern selbst die Augen und sie werden desto besser wissen, was sie bei einer demnächstigen Stadtverordnetenwahl zu thun haben und zeigen, ob sie mit der Majorität des jetzigen Stadtorordnetencollegiums zufrieden sind, oder ob sie dessen Wirtschaft satt haben. Es wäre jedenfalls ein sehr gutes und dankbares Agitationsmittel, wenn sich Eingeweihte die Mühe nehmen wollten, in Gestalt einer Flugchrift den Wählern und Einwohnern unserer Stadt vorzuführen, was die liberale „Gemeinwohlwirtschaft“ bis heute dem Steuerzahler kostet, und was „Schönheit“ Alles mit dem schweren Gelde geschaffen wurde. Die oppositionelle Minorität der Stadtorordneten verfügt über ganz geeignete Kräfte, um den Liberalen ein Sündenregister aufzustellen, das ihnen noch wärmer mochen sollte als der amsonst ersuchte Rückgang der Sozialdemokratie. Was die Kinderarbeit betrifft, die hier immer im Flor gestanden hat, so nehmen die Arbeiter sich die Mühe nicht mehr, die Fabrikanten anzuzeigen, denn die Strafen, welche diese treffen, sind so gering, daß man gewissermaßen darüber nur ein ironisches Lächeln hat. Es sind uns jetzt wieder viel Fabriken genannt worden, wo Kinder, die das gesetzliche Alter noch nicht haben, 8-10 Stunden arbeiten. — Nun, wir werden auch auf ein Mittel kommen, um dem abzuhelfen.

**Schneeberg, 28. Februar.** Heute hatten wir im Saale zur „Grünen Laube“ eine von 900 bis 1000 Mann besuchte Volksversammlung, als Referent war Hr. Reichstagsabgeordneter Hasenclever erschienen. Er erstattete zunächst Bericht über den Reichstag, welcher Aufgabe er sich ausgezeichnet erledigte. Er kritisierte vorzüglich das Landsturmgesetz in einer für Jeden verständlichen Weise und gab bekannt, auf welche Weise man die sozialdemokratischen Abgeordneten mundtot mache. Dann sprach der Referent über die Vereinigung der deutschen Sozialdemokraten und wies nach, wie nöthig es sei, das sich alle Arbeiter verbündern und diejenigen, welche noch keiner Organisation angehören, sich derselben anschließen. Zum Schluß erläuterte er noch das von beiden sozialistischen Fraktionen aufgestellte Programm. Da sich, trotz mehrfacher Aufforderung, von den Gegnern, welche ziemlich stark vertreten waren, keiner zum Worte meldete, wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit dem Verhalten der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag einverstanden und verpflichtet sich bei einer nächsten Wahl nur solchen ihre Stimme wieder zu geben; auch erklärt sich die Versammlung für die Vereinigung beider sozialdemokratischen Fraktionen mit Freuden einverstanden.“

Und nun ein Wort an die Schneeberger Parteigenossen. Nach solch einer glänzenden Versammlung dürft Ihr nicht versetzen, mit Nachdruck zu agitiren; der Samen, der gestreut ist, muß auch angestrichelt werden, sucht den Arbeiterblättern, wie dem „Volksstaat“ u. s. w. neue Abonnenten zu gewinnen, denn dadurch wird unsern Ideen am besten Eingang im Volksgehalte. Also auf, und agitirt!

**Einige Parteigenossen.**

**Crusthal i. S.** Am 22. Februar Abends 8 Uhr fand im hiesigen Schulhause eine öffentliche Versammlung statt, in welcher der Reichstagsabgeordnete W. Liebknecht an Stelle unseres noch inhaftirten Abgeordneten A. Bebel referirte. Liebknecht sprach: 1. Ueber die letzte Reichstagsession; 2. Ueber das Landsturmgesetz. Bevor Herr Liebknecht zur angeordneten Tagesordnung überging, theilte derselbe mit, daß heute der Geburtstag Bebel's sei, den er bereits das vierte Mal in der Gefangenschaft begehe, und forderte die Anwesenden auf, dem wackeren Kämpfer für die Arbeitersache ein dreimaliges Hoch auszubringen, in welches denn auch alle Anwesenden mit großer Begeisterung einstimmten. Ein weiteres Eingehen auf das Referat würde bei der Ausführlichkeit desselben den Raum des „Volksstaat“ zu sehr in Anspruch nehmen, erwähnt sei nur, daß die ca. 600 Mann starke Versammlung mit ungeheurer Aufmerksamkeit dem Referate bis zum Schluß folgte. Trotz der strengen Kälte waren außer den Söhnen Crusthal und Hohenstein auch Oberamtswirth stark vertreten, aber auch von Herrnsdorf, Bernsdorf, Pargenberg u. s. w. waren die Arbeiter (viele mit ihren Frauen) erschienen.

**C. Bohus, Vertrauensmann.**

**Ghemnitz, 2. März.** Gestern hat hier in stark besuchter Volksversammlung Hasenclever über die „Vereinigung der beiden sozialistischen Parteifractionen“ gesprochen. Nach der „Ch. Fr. Pr.“ betonte Redner nach einigen einleitenden Worten, daß die Einigung beider Richtungen jetzt bereits eine unabsehbare Thatsache sei und daß nicht mehr diese Einigung zu sichern vermöge. Die

Borarbeiten zu einer Verschmelzung der Parteifractionen seien von Angehörigen beider Fraktionen gemeinschaftlich vollendet, und Programm und Organisationsplan festgesetzt. Die geeinigten Partei werde künftig den Namen „Deutsche Arbeiterpartei“ führen und eine centralistische Organisation, doch nicht mit einem Präsidenten an der Spitze, haben. Der Redner verbreitete sich nun in eingehender Weise über die einzelnen Punkte des angefertigten Programms, motivirte dieselben und warf dabei treffende Schlaglichter auf unsere heutigen Staats- und Gesellschaftsrichtungen, wobei er oft vom Beifall der Anwesenden unterbrochen wurde. Erwähnt sei hier nur, daß der Referent als Endziel der Partei bezeichnete die Einführung genossenschaftlicher Production, welche dem Kapital die Macht entreiße, den allgemeinen Volkswohlstand herstelle und überhaupt an Stelle der heutigen Anordnung die wirkliche Ordnung lege. Denn die Sozialdemokraten könnten mit Recht Männer der Ordnung genannt werden, während die Liberalen diesen Titel nur usurpiren. Wir wollen, erklärte der Redner, nur Gerechtigkeit auf sozialem Gebiet. Menschlichkeit und Brüderlichkeit ist unser Prinzip. Es fällt uns nicht ein, die rolhe Revolution zu wünschen; wenn sie doch käme, ist es unsere Schuld nicht; Redner fügt hinzu, daß er davon überzeugt sei, die Sozialdemokratie könne auf friedlichem Wege zu ihrem Ziele gelangen. Zur Präcisirung des nationalen, resp. internationalen Standpunktes der „Deutschen Arbeiterpartei“ erklärte der Redner: Dieselbe werde national sein im gesetzlichen Kampfe gegen die bestehenden reaktionären Gesetze und ungerechten Gesellschaftsrichtungen, international werde sie sein in dem Bewußtsein, daß andere Völker denselben Kampf gegen die Unterdrücker führen, und wir daher mit ihnen sympathiren müssen, unbekümmert darum, welche Grenzen und welche politischen Umstände uns von ihnen trennen, international werde die Partei ferner sein in der Ueberzeugung, daß schließlich nur eine allgemeine Völkerverbrüderung allen Völkern zum Wohle gereichen kann. — Der Redner schloß unter dem Beifall der Versammlung mit dem Wunsche, daß, nachdem der allgemeine Krieg gegen die Arbeiterbewegung die deutschen Arbeiter geeint, dieselben stets in Frieden und Einigkeit gemeinsam vorgehen und sie Nichts wieder spalten solle. — Hierauf ergriff Bahlteich das Wort und nachdem er, an den Referenten anschließend, in warmen Worten über die Vereinigung gesprochen, äußerte er noch: Unsere Gegner behaupten, die Sozialdemokratie sei im Rückgang begriffen; dies sei nicht der Wahrheit entspr. Dennoch könne es in Ghemnitz, in Anbetracht der hier lebenden Arbeitermassen, noch besser stehen. Obwohl die Bewegung hier gute Fortschritte mache, so solle doch jeder Einzelne nicht erlahmen, sondern Alles aufbieten, um für die Partei nützlich zu wirken. — Der Vorsitzende H. Reichert forderte zum Eintritt in die Partei auf, und da sich Niemand mehr zum Worte meldete, schloß er die Versammlung.

**Meerane, 3. März.** In der Nachbarstadt Glaucha war am verfloffenen Sonnabend von den Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins eine Volksversammlung anberufen. Die Teilnehmer konnten mit der Theilnahme zufrieden sein. Gegen 1000 Personen waren anwesend. Reichstagsabgeordneter Hasenclever referirte. Derselbe kam von Coburg und sprach hauptsächlich über und für die Vereinigung der beiden Sozialisten-Fractionen, erläuterte das in Coburg gemeinsam entworfen und aufgestellte Parteiprogramm, berichtete auch über die Thätigkeit des letzten Reichstags. Bei dem Landsturmgesetz hielt er sich nicht lange auf. Er verzichtete näher darauf einzugehen, weil in aller-nächster Zeit Genosse Liebknecht kommen und an derselben Stelle ausführlicher darüber berichten werde. In der dem Referate folgenden Debatte unterließ der Referent nicht, unter viel Beifall auch das neuerdings wieder häufiger empfohlene Sparsystem zu beleuchten und dabei die national-ökonomische Weisheit des preussischen Finanzministers Camphausen in's rechte Licht zu stellen.

**Siegen.** Wie wir aus verschiedenen Mittheilungen im „Volksstaat“ erfahren, haben sich die Parteigenossen allerorts mit dem Einigungsprojekt der beiden deutschen Arbeiterfractionen beschäftigt und im Allgemeinen dafür entschieden. Dieses ist auch bei uns der Fall. Mit Freuden werden wir den Tag begrüßen, an welchem der Vorschlag zur Thatsache wird. Die Angelegenheit ist wichtig für jeden deutschen Arbeiter und der Wichtigkeit halber mit der größten Sorgfalt zu behandeln. Sollte die Grundlag, auf welcher der Bau der Vereinigung aufgerichtet wird, nicht eine durchaus gesunde sein, so würde besser die ganze Sache unterbleiben. Unter allen Umständen muß der Besuch des Einigungscongresses den Mitgliedschaften möglichst erleichtert werden. Das geschieht aber nicht, wenn der Kongreß acht Tage nach Pfingsten stattfinden soll. Würde derselbe, wie anfänglich bestimmt war, zu Pfingsten abgehalten werden, dann wäre es den kleineren Mitgliedschaften bedeutend eher möglich, einen eignen Delegirten zu entsenden. Nach der neueren Mittheilung aber ist darauf nicht zu rechnen. Während der Pfingstferien ruht die Arbeit ohnehin zwei, stellenweis drei Tage. Es würde also für diese Tage kein Zeitverlust zu berücksichtigen sein, und ist die Mehrzahl in pekuniärer Beziehung auch besser gestellt, als wie gerade acht Tage nachher. Dann ist auch noch zu bedenken, daß Wander bei seinem Arbeitgeber Schwierigkeiten finden wird, wenn unmittelbar nach den Feiertagen neuerdings wieder die Arbeit um einige Tage ausgesetzt werden soll. Man wird uns vielleicht sagen, daß Alles dieses für einen von der Sache überzeugten Arbeiter keine Schwierigkeiten sein dürften. Darauf aber müßten wir erwidern, daß wir in der Mehrzahl abhängig sind und nicht immer können, wie wir gerne wollten. Es ist dadurch Niemandem gebietet, daß man sich das Brod vor der Nase wegnimmt läßt, wenn es ohne Nachtheil für unsere Sache zu umgehen ist. Es läßt sich nichts für, wohl aber vieles gegen die Abhaltung des Congresses acht Tage nach Pfingsten sagen, und wir müssen bei dieser Ansicht bleiben, wenn man uns nicht eines Bessern belehren kann. Wir halten diesen Punkt für sehr wichtig und empfehlen sämmtlichen Parteigenossen die Beachtung desselben.

**Hannover.** Soz. demokratischer Wahlverein.

**Montag, d. 16. März, Abends 8 Uhr: Geschlossene Mitgliederversammlung.** — Tagesordnung: 1) Abrechnung. 2) Bericht über die Vorarbeiten. — (B. 4. 1875.)

**Leipzig.** Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

**Montag, den 15. März, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Jakob, Petersstr. 15 (goldner Aum). — Gäste willkommen. (30)**

**Muskel.**

Wißhelm Knecht, früher in Spandau, jetzt angeblich in Berlin, wird um schämige Mittheilung seiner Adresse gebeten. Vertrauensleute und Parteigenossen, welche das Vermögen, sind ersucht, uns baldigst Nachricht zu geben.

Leipzig, 11. März 1875.

**Die Volksstaat-Expedition, Zeigerstraße 44.**

Ersuche die Steinmeyer Herr Eichhorn jetzt in Chemnitz, sowie Herrn Rehl aus Saarbrücken, mit ihre genaue Adresse anzugeben.

(25)

A. Zabel, Weinbergweg 4, Berlin. (75)

Bei Gustav Pankert in Frankfurt a. M. erschienen:

**Politische Flugschriften Nr. 2.**

**Der Kulturkampf**

von Otto Dörfl.

Preis 30 Pf.

In demselben Verlag ist früher erschienen:

**Politische Flugschriften Nr. 1.**

**Die Erlenburg'sche Städteordnung in Frankfurt a. M.**

von Karl Galtkof.

Preis 25 Pf.

Exemplare der beiden Flugschriften können von der Expedition der „Frankfurter Zeitung“ bezogen werden.

Verantwortlicher Redacteur: N. Seiffert.

Redaktion Gobelstraße 4, Expedition Zeigerstraße 44, in Leipzig.

Druck und Verlag der „Frankfurter Zeitung“ in Leipzig.

Wir werden nicht versäumen, die Arbeitgeber einzuladen; ob sie es aber der Mühe werth halten werden, mit uns in eine Diskassion sich einzulassen, das ist eine andre Frage. Wir müssen uns daher der Warnung vor Zuzug nach Burgburg anschließen und ersuchen demgemäß jeden Arbeiter, von hier fortzubleiben. Es sollte uns lieb sein, wenn die arbeiterfreundlichen Blätter von Obigem Notiz nehmen würden.

J. Siebenbürger u. Gen.

**Bunzlau i. Schl.** Gleich anderen Städten beabsichtigen auch wir, eine Arbeitslosen-Gesellschaft zu gründen, da es uns aber an agitatorischen Kräften fehlt, so möchten wir den Ausschuss ersuchen, falls er in der Lage sein sollte, uns mit einer solchen Kräfte zu unterstützen; wir können auf großen Erfolg rechnen. Bunzlau ist der Mittelpunkt zwischen Dresden und Bieslau; vielleicht sind auch diese Orte bereit, uns beizustehen. Reisende Agitatoren, welche Bunzlau passiren, mögen ja nicht versäumen, die Gelegenheit zur Agitation in unserem Ort zu benutzen. Alle diesbezüglichen Briefe sind unter der Adresse: Tischlermeister Rettner an den Unterzeichneten zu senden.

Paul Gärtner.

**Annoncegebühren**

Für Januar und Februar 1875.

Augsburg: Metallarb. Gew. 2.50, Red. Partei 2.10, Liter. Verein 0.40, Arb.-Verein 0.40. Apolda: Ketzel (Berf.-Lokal) 0.50. Bamberg: Arb.-Partei 1.40, Bremen: Arb.-Partei 0.30, v. Linde 0.50. Berlin: Holzarb. Gew. 0.70, Sattler 1.00, Metallarb. Gew. 1.40, Manuf. Gew. 1.15. Cöln a. Rh.: Arb.-Partei 1.10, Filiale 0.80, Holzarb. Gew. 1.70. Duisburg: Arb.-Gew. Ber. 2.50. Dresden: Schirmer (Prod. Aff. d. Sattler) 1.50, Elberfeld: Arb.-Partei 0.40, Graz: Eisenmacher-Prod.-Aff. 1.80, Coblenz: Arb.-Verein 4.45, Hamburg: Klempner und Gasfitter 0.50, Arb.-Partei 6.85, Hammeln: Arb.-Partei 0.60, Marxbrücken: Arb.-Verein 2.00, Prälshausen i. Ell.: Weib (Lodesanz, Courier) 1.00, Neuschönfeld: Arb.-Verein 2.00, Rowasen: Mannf.-Gew. 0.40, Oberlungwitz: Cel. Pashmann (Adresse Rieger) 1.25, Tschandau: 1.20, Wandersb.: Arb.-Verein 5.50, Witten: Arb.-Partei 0.50, Zwickau: Arb.-Partei 1.75.

**Briefkasten**

der Redaktion: S. in Glanbach: Wir bringen heut den Bericht des „Erimittlungen Bürger und Bauernstimm“. — Anonymer Einsender der „Dorf-Zeitung“: Schon erledigt in Nr. 24. — G. R. in Wien: Erscheint nächstens. H. F. in Berlin: Sehr willkommen. — H. K. in Wühlhausen: Am 11. H. ist in dieser Sache ein Brief an Pösty abgegangen. Der Bericht erscheint in nächster Nummer.

der Expedition: Adam Berlin: Ihre L.-R. mit Annonce kam für die Freitagnummer zu spät. Bei Apolda: Gebieten Sie die Abon.-Differenz und belassen uns mit dem Betrag hierfür. Wendte Düsseldorf: Die Annonce ist bezahlt, war aus Versehen doppelt costirt.

**Daftung**

der Expedition: B. Pöwng hier Schr. 1.20, Kagl hier Schr. 4.20, Agitationscomité hier Ann. 2.80, Schneidergew. hier Ann. 2.50, Wühl Brandenburg Ann. 1.50, Hlch hier Nr. 7.30, Schräger Linz Schr. 4.77, Hirsch Cöln Ann. 6.25, Ab. 24.00, Ebst Agersdorf Schr. 4.50, Aell Bückendorf Schr. 2.30, Wkr hier Schr. 0.94, Ebst Lindenau Ab. 5.00, J. Neu-Randau Ab. 0.45, Hr Saarbrücken Schr. 1.70, Böttcherer Berlin Ann. 0.60, Efg Pforzheim Ann. 0.20, F. In Brandenthal Schr. 6.47.

**Für die Hinterbliebenen Hord's.**

Von Albert Soblenz 3.00, v. E. 5.00, v. F. Mätere Broecklyn C. D. U. St. 3.00, v. W. Weber 4.50, v. denj. für Ködel in Wien 4.60.

**Anzeigen etc.**

**Berlin** Wahlverein der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Montag, d. 15. März, Abends 8 1/2 Uhr: Versammlung.

Tagesordnung: Der neue Programmwurf und die Kritik desselben leitens der Presse. Referent: Bernstein.

Der Vorstand. (50)

**Berlin** Allgemeiner Böttcher-(Körper-)Verein.

Dienstag, den 16. März, Abends 8 Uhr: Versammlung im Heile'schen Lokale, Landsbergerstr. 15. — Tagesordnung: Wahl eines Protokollbüchers. Berichtenes.

H. Orgerl. (40)

**Berlin** Donnerstag, den 18. März, Abends halb 9 Uhr:

**Große Gedächtnisfeier**

in Heibig's Salon Gr. Frankfurterstraße 27/28.

Ansprache, Gesangvorträge, Diklamation, Chorgesang.

Jedermann hat freien Zutritt. — Um zahlreiche Theilnahme bitten

Das Comité. (150)

**Gohlis** Arbeiterverein.

Montag, d. 22. März, Abends 7 1/2 Uhr, bei Kantsch: Generalversammlung, Tagesordnung: Bericht des Vorsitzenden. Bericht des Kassiers. Wahl des Vorstandes und der Revisoren. Antrag, betr. die Wahl eines Beiratsmitgliedes. Antrag, betr. die Einführung eines Lesebandes. Bestimmung der Höhe der Monatsbeiträge. — Eintritt nur gegen Vorzeigung der Karte. Restirende Mitglieder haben ihre Beiträge zu entrichten (S. 4, Absatz a der Statuten). D. S. (80)

**Hannover** Soz. demokratischer Wahlverein.

Montag, d. 16. März, Abends 8 Uhr: Geschlossene Mitgliederversammlung. — Tagesordnung: 1) Abrechnung. 2) Bericht über die Vorarbeiten. — (B. 4. 1875.)

**Leipzig** Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Montag, den 15. März, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Jakob, Petersstr. 15 (goldner Aum). — Gäste willkommen. (30)

**Muskel.**

Wißhelm Knecht, früher in Spandau, jetzt angeblich in Berlin, wird um schämige Mittheilung seiner Adresse gebeten. Vertrauensleute und Parteigenossen, welche das Vermögen, sind ersucht, uns baldigst Nachricht zu geben.

Leipzig, 11. März 1875.

**Die Volksstaat-Expedition, Zeigerstraße 44.**

Ersuche die Steinmeyer Herrn Eichhorn jetzt in Chemnitz, sowie Herrn Rehl aus Saarbrücken, mit ihre genaue Adresse anzugeben.

(25)

A. Zabel, Weinbergweg 4, Berlin. (75)

Bei Gustav Pankert in Frankfurt a. M. erschienen:

**Politische Flugschriften Nr. 2.**

**Der Kulturkampf**

von Otto Dörfl.

Preis 30 Pf.

In demselben Verlag ist früher erschienen:

**Politische Flugschriften Nr. 1.**

**Die Erlenburg'sche Städteordnung in Frankfurt a. M.**

von Karl Galtkof.

Preis 25 Pf.

Exemplare der beiden Flugschriften können von der Expedition der „Frankfurter Zeitung“ bezogen werden.

Verantwortlicher Redacteur: N. Seiffert.

Redaktion Gobelstraße 4, Expedition Zeigerstraße 44, in Leipzig.

Druck und Verlag der „Frankfurter Zeitung“ in Leipzig.